

Mehr Schutz für Pflegebedürftige



Das Wohn- und Betreuungsgesetz soll den Schutz der BewohnerInnen erhöhen.

Die BewohnerInnen der Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen in Bremen und Bremerhaven werden künftig stärker geschützt. Dafür soll das neue Wohn- und Betreuungsgesetz sorgen, das Anfang 2011 das alte Heimgesetz ablöst. „Wir wollen damit für mehr

Transparenz, mehr Qualität und einen höheren Verbraucherschutz sorgen“, so der altenpolitische Sprecher Dirk Schmidtmann.

Auch viele neuere Angebote wie das sogenannte Servicewohnen oder auch Pflege- und Demenzwohne-

meinschaften müssen nun gesetzliche Standards erfüllen. Das neue Gesetz soll verhindern, dass als WG getarnte ‚Billig‘-Heime ohne Qualitätsstandards entstehen. Daher müssen fortan auch selbst organisierte Einrichtungen in Berichten ihre Leistungen darlegen. Während sie anlassbezogen geprüft werden, werden die klassischen Heime einmal pro Jahr von der Heimaufsicht unter die Lupe genommen. Anders als bisher werden die Ergebnisse in einem Prüfbericht veröffentlicht. Die Einrichtungen müssen die Beteiligung der BewohnerInnen gewährleisten und ein Beschwerdemanagement einführen. Zudem sollen sie sich in den Stadtteil einbinden.

In einer Verordnung sollen noch die Fachkräftequote und die Frage der Leitung einer Pflegeeinrichtung geregelt werden.

Nachhaltige Fischzucht in Bremerhaven

Auf dem Areal der Forschungs- und Entwicklungsmeile entsteht derzeit das Zentrum für Aquakulturforschung (ZAF). Es soll dazu beitragen, natürliche Ressourcen zu schonen.

Über den Baufortschritt und die künftigen Aufgaben des ZAF erkundigten sich jetzt die Bremerhavener Abgeordneten Doris Hoch und Frank Willmann bei Nils Schnorrenberger von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft BIS.

Der weltweite Bedarf an Fisch ist groß. So groß, dass er in Zukunft durch die natürlichen Fischbestände nicht mehr gedeckt werden kann. Aquakultur, also die künstliche Aufzucht von Meerestieren, spielt deshalb eine immer größere Rolle.

Wie die Zucht im Salz-, Süß- und Brackwasser wirtschaftlich und nachhaltig optimal durchgeführt werden kann, soll in drei geschlossenen Kreislaufsystemen mit 21 Einzelbecken untersucht werden. WissenschaftlerInnen sollen dann unter anderem erforschen, wie Futtermittel richtig eingesetzt werden, wie möglichst auf Medikamente verzichtet und die Fischzucht ökologisch verträglich gestaltet werden kann.



Frank Willmann sieht Bremerhaven mit dem neuen Forschungszentrum auf einem guten Weg: „Das ZAF ist eine Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Fischereiwirtschaft. Es stärkt den Wirtschafts- und

Wissenschaftsstandort Bremerhaven. Die Forschung wird dazu beitragen, die natürlichen Ressourcen zu schonen.

Denn durch Überfischung gehen die weltweiten Fischbestände seit Jahren zurück.“ Auch

Doris Hoch betont die Bedeutung der Einrichtung: „Mit der nachhaltigen Fischzucht-Erforschung erhält der Standort Bremerhaven ein Alleinstellungsmerkmal.“

Das ZAF wird vom Institut für Marine Ressourcen (IMARE) betrieben und soll demnächst den

Forschungsbetrieb aufnehmen. Insgesamt

1,8 Millionen Euro hat das Land Bremen aus dem Konjunkturpaket II für den Neubau bereitgestellt.

1,8 Millionen Euro hat das Land Bremen aus dem Konjunkturpaket II für den Neubau bereitgestellt.

grün: aktuell

Intersexuelle Menschen stärken

Die Grünen setzen sich für die Rechte von Menschen ein, die sich nicht eindeutig der Gruppe ‚Frauen‘ oder ‚Männer‘ zuordnen lassen. Häufig werden Menschen ohne eindeutiges Geschlecht nach der Geburt Operationen ausgesetzt, obwohl das medizinisch nicht einwandfrei möglich ist, einen Eingriff in die sexuelle Selbstbestimmung bedeutet und oft zu Depressionen führt. Mit einem Antrag wollen die Grünen dafür sorgen, dass das Thema bei Weiter- und Fortbildungen in Gesundheitsberufen berücksichtigt wird. Betroffene und Angehörige sollen besser beraten werden. Das Thema soll auch in den Schulunterricht aufgenommen werden. Zudem wird hinterfragt, ob ein terminlicher Druck für die Angabe des Geschlechts in der Geburtsurkunde besteht.



Neue Internetseite: StoppStudienStress

Mit dem neuen Bremischen Hochschulgesetz haben die Hochschulen jetzt die Möglichkeit für Verbesserungen beim Bachelor und Master. Mehr Hintergründe zum neuen Hochschulgesetz liefert der neue Internetauftritt www.StoppStudienStress.de. Dort finden sich zudem grüne Positionen zur gerechteren Studienfinanzierung, ein Fragebogen zu den Studienbedingungen und vieles mehr.

service & impressum

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft
Telefon 0421/3011-0
Telefax 0421/3011-250
E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de
Internet www.gruene-fraktion-bremen.de

Gestaltung Designbüro Möhlenkamp
Relaunch + Satz Thomas Kollande
Texte M. Makosch, L. Blumenberg, C. Kulmann
Fotos E. Meier, M. Makosch, C. Kulmann
iStock-Photo

V.i.S.d.P.: Matthias Makosch
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Schlachte 19/20
28195 Bremen
Druck: Geffken & Köllner, Bremen

grün:journal

grün:inhalt

Schrotthäuser Seite 2

Bremen soll konsequent gegen verwahrloste Häuser vorgehen.

Cityresort Seite 3

Das Ferienpark-Vorhaben muss grüne Vorgaben einhalten.

Intersexuelle Seite 4

Die Grünen setzen sich für die Rechte intersexueller Menschen ein.

grün:Aktion

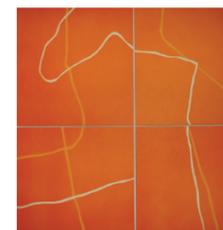


Unter dem Titel ‚Soziale Teilhabe ermöglichen. Armut und Ausgrenzung verhindern‘ haben die Grünen jüngst mit rund 150 TeilnehmerInnen darüber diskutiert, wie die Grundversorgung verbessert werden kann. Zudem wurden in Workshops Vorschläge entwickelt, wie die Situation in den Bremer Stadtteilen sowie auch für die Zielgruppen Kinder und Jugendliche, MigrantInnen, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung verbessert werden kann.

@ Ein Bericht dazu im Internet unter www.gruene-fraktion-bremen.de.

grüne ecke

Kunst an der Schlachte



Arbeiten der Bremer Künstlerin Katja Blum sind derzeit im Rahmen von ‚Kunst an der Schlachte‘ im Fraktionsbüro der Grünen zu sehen. Die Bilderschau läuft noch bis zum

13. Januar. BesucherInnen können die Werke montags bis freitags von 10 bis 15 Uhr betrachten. Zwischen den Jahren ist das Büro geschlossen.



Eine Lösung für die Endlagerung des hochgefährlichen Atommülls gibt es bis heute nicht. Mit der unnötigen Laufzeitverlängerung für AKWs nehmen CDU und FDP zunehmende Risiken für die Menschen in Kauf.

Anschlag auf die Sicherheit der Menschen

Mit der Laufzeitverlängerung für AKWs nehmen CDU und FDP in Kauf, dass der hochgiftige Atommüll und die Atomtransporte durch Wohngebiete zunehmen. Dabei sind AKWs beim konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien verzichtbar.

CDU und FDP riskieren mit der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke die Sicherheit der Menschen. Die Folgen schwarz-gelber Meiler-Manie: Der hochgefährliche Atommüll und die Atomtransporte durch Wohngebiete nehmen zu. Den Ausbau der erneuerbaren Energien bremsen Merkel, Westerwelle & Co. aus. Die Grünen machen dagegen mobil.

„Falls die Bundesregierung die AKW-Laufzeiten am Bundesrat vorbei verlängern will, wird Bremen dagegen vorgehen. Allein in unserer Umgebung liegen sechs AKWs. Bis heute gibt es keine Lösung für die Endlagerung des hochgiftigen Atommülls. Schon heute verzeichnen wir ständig meldepflichtige Störfälle in den Atomkraftwerken. Das Risiko nimmt bei längeren Laufzeiten zu“, betont die energiepolitische Sprecherin Maika Schaefer.

Die Laufzeitverlängerung zementiert darüber hinaus die Monopolstellung der vier großen Atomkonzerne. „Das schadet dem Wettbewerb. Die Zeche zahlen die VerbraucherInnen. Die Atomkraft ist eine hoch subventionierte Technologie. Ihr Weiterbetrieb ist auch unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten nicht zu verantworten“, betont die grüne Energieexpertin.

Die riskante Atomkraft ist verzichtbar. Das haben eine Studie des Bundesumweltamtes und das Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen längst belegt. „Erneuerbare Energien machen Atomkraft ab 2021 überflüssig. AKWs können abgeschaltet werden,

ohne dass auch nur ein Licht flackert“, bekräftigt Maika Schaefer. Sie wertet das neue Gutachten der Bundesregierung als haltlosen Versuch, bei den Annahmen zum Stromverbrauch bis zur Energieeffizienz zugunsten der Atomenergie zu tricksen. „CDU und FDP ist offenbar jedes Mittel recht, um ihre Lobbypolitik für die Atomkonzerne zu rechtfertigen. Nachdem die Bundesregierung schon die Solarförderung drastisch gekürzt hat, dementiert sie jetzt sogar beim Ausbau der Offshore-Windenergie ihre selbst gesteckten Ziele“, so Maika Schaefer.

Ursprünglich sollten bis 2030 so viele Windkraftanlagen auf See installiert werden, dass damit die Leistung von 25 Atomkraftwerken erreicht wird. Jetzt soll die Offshore-Windenergie auf einmal nur noch die Leistung von 17 AKWs erreichen. „Schwarz-Gelb will die Offshore-Windkraft offensichtlich ausbremsen. Das hätte auch negative Folgen für Bremen und Bremerhaven, das sich mit unserer Unterstützung gerade zum boomenden Top-Standort der Windenergie entwickelt. Wir fordern die Bundesregierung auf, bei ihren ursprünglichen Plänen zu bleiben. Angesichts des Klimawandels und für mehr Sicherheit der Menschen ist der konsequente Ausbau der erneuerbaren Energien nötig“, unterstreicht Maika Schaefer.



Konsequent gegen Schrottimmobilien vorgehen

Verwahrloste Gebäude sind ein Ärgernis für die Nachbarschaft. Häufig leidet auch noch der Wert benachbarter Häuser darunter. Bremen soll alle Möglichkeiten nutzen, um Abhilfe zu schaffen. So sieht es eine Antragsinitiative der Grünen vor.

Ungeziefer, durch die Wände sickendes Wasser, Unrat im Vorgarten – verwahrloste Immobilien sind für die Nachbarschaft ein großes Ärgernis. Hinzu kommt, dass oft auch noch der Wert angrenzender Gebäude durch die Schandflecken erheblich gemindert wird. Die Grünen wollen verstärkt gegen diese Schrottimmobilien vorgehen. Der Senat soll im Rahmen aller rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten Abhilfe für die unmittelbare Nachbarschaft und die Allgemeinheit schaffen. So sieht es ein Antrag für die Stadtbürgerschaft vor.

Derzeit gibt es 15 verwahrloste Gebäude und Grundstücke in der Stadtgemeinde Bremen, wie eine Kleine Anfrage der Grünen ergeben hat. „Bremen hat eine Reihe von Rechtsinstrumenten zur Hand, um bei verwahrlosten Gebäuden und Grundstücken einzuschreiten. Wir wollen erreichen, dass diese Mittel fortan konsequent genutzt werden. Für die Nachbarn sind über Jahre verfallende Gebäude eine große Zumutung“, erklärt die baupolitische Sprecherin Karin Krusche.



Verwahrloste Häuser wie dieses sind ein Ärgernis. Dagegen soll die Stadt konsequent vorgehen.

Konzentrierter im Klassenzimmer

Der spätere Unterrichtsbeginn macht Jugendliche leistungsfähiger. Das zeigt das Beispiel der Blumenthaler Oberschule In den Sandwehen.

Entspannte SchülerInnen und ruhige Klassen, in denen konzentriert gelernt wird – diese positiven Erfahrungen hat die Oberschule In den Sandwehen mit dem späteren Unterrichtsbeginn gesammelt. Davon hat sich jetzt die bildungspolitische Sprecherin Anja Stahmann vor Ort überzeugt.

Seit sechs Jahren beginnt der Unterricht in dieser Schule erst um 8.30 Uhr. Sie öffnet um 7.45 Uhr ihre Türen, weil berufstätige Eltern darauf angewiesen sind. Die SchülerInnen können sich dann zunächst in zwei Freizeiträumen austoben, klönen oder gemeinsam in der Mensa frühstücken. Ihnen stehen drei AnsprechpartnerInnen zur Verfügung. In der ersten Unterrichtsstunde geht es seither konzentrierter zu, bilanziert Schulleiter Friedrich-Karl Jostes.

„Diese Schule hat sich mit dem späteren Unterrichtsbeginn für alle positiv verändert. Andere Schulen sollten diesem Vorbild folgen. Der Biorhythmus verändert sich in der Pubertät stark. Aus Lerchen werden Eulen. Wissenschaftlich ist längst belegt, dass der spätere Unterrichtsstart der Leistungsfähigkeit von Jugendlichen zugute kommt. In vielen europäischen Ländern beginnt der Unterricht erst um 9 Uhr. Wir werben für einen späteren Unterrichtsbeginn an Bremer Oberschulen und Gymnasien“, betont Anja Stahmann.

Die Verlegung des Unterrichtsstarts können die Schulen mit ihren Gremien selbst festlegen. Auch ein Testlauf ist möglich.



Kurzmeldungen

*** Die weitere intensive Bekämpfung der Zwangsprostitution, gewerberechtliche Regelungen mit Auflagen im Bereich von Arbeits- und Gesundheitsschutz und gewerberechtliche Kontrollen sowie die Versteuerung des durch Prostitution erzielten Einkommens – das sind Kernpunkte eines beschlossenen Antrages, der ausbeuterische Methoden in der Prostitution unterbinden will. ***

*** Eingetragene Lebenspartnerschaften sollen mit Ehen gleichbehandelt werden. Das sieht eine

Verfassungsänderung vor, die der Landtag beschlossen hat. ***

*** Gegen den von CDU und FDP geplanten Kahl-schlag bei der Städtebauförderung soll sich der Senat auf Bundesebene einsetzen. Eine entsprechende Parlamentsinitiative haben die Grünen vorbereitet. Die beabsichtigte Halbierung der Städtebauförderung ist für den sozialen Zusammenhalt in Bremen fatal. Die Kürzungen gefährden auch Arbeitsplätze in der Bau- und Handwerksbranche. ***

Gastro-Smileys kommt

Ab Jahresbeginn 2011 sollen KundInnen anhand eines Smileys erkennen, ob das Restaurant die Vorschriften für Lebensmittelhygiene und -qualität einhält. Die Betriebe können sich dann freiwillig zertifizieren lassen, um das positive Smiley-Zeichen zu erhalten. Zugleich soll im Internet eine Liste mit Gastronomiebetrieben veröffentlicht werden, bei denen die amtliche Betriebskontrolle gravierende Verstöße beanstandet hat. Der Eintrag soll gelöscht werden, sobald das beanstandete Lokal die Mängel beseitigt hat. So sieht es ein Antrag vor, den die Bürgerschaft jüngst auf grüne Initiative beschlossen hat. Zudem soll sich der Senat im Bund für ein deutschlandweit verpflichtendes Smiley-Kennzeichnungssystem einsetzen.

„Es müssen zusätzliche Anreize geschaffen werden, um für mehr Hygiene in den Betrieben zu sorgen. Ich halte eine Beanstandungsquote von fast 70 Prozent bei den Lebensmittelbetrieben für zu hoch“, erläutert die Verbraucherschutzpolitische Sprecherin Karin Mathes.

In Berlin-Pankow wurde ein ähnliches System installiert, das sich dort bewährt hat. „Die bisherige Praxis mit Mahnungen und Bußgeldbescheiden hat kaum Verbesserungen gebracht. Aber allein das Wissen, eventuell auf einer Negativ-Liste zu landen, hat etliche Restaurantbesitzer veranlasst, von sich aus etwas zu verändern“, betont Karin Mathes.



„Cityresort“-Vorhaben klar konditioniert

Die Grünen machen den Ferienpark von Anforderungen abhängig, die bei weiteren Schritten gen Realisierung erfüllt sein müssen. Dazu zählen der Schutz der Uniwildnis, die Begrenzung auf das Campingplatz-Areal und eine Heimfallklausel.

Auf dem alten Campingplatz am Hochschulring ist ein Wellness- und Ferienpark mit Hotelanlage beabsichtigt. Der alte Campingplatz wird derzeit von wenigen DauercamperInnen genutzt. Für die Öffentlichkeit ist dieses Areal nicht zugänglich. Das alte Campingplatz-Gelände ist ein gutes Stück weit vom Unisee entfernt. Die Fraktion hat jüngst ihre Anforderungen beschlossen, die für die Realisierung des Ferienpark-Projektes ‚Cityresort‘ erfüllt sein müssen. Der einstimmige Beschluss in Auszügen:

Die Grüne Fraktion hat intensiv das Für und Wider der Planungen des ‚Cityresort‘ auf dem Gelände des alten Campingplatzes diskutiert. Weitere Schritte in Richtung einer Realisierung des Projektes werden von der nachvollziehbaren Erfüllung folgender Anforderungen abhängig gemacht:

1. Die „Uniwildnis“ ist langfristig als Landschaftsschutzgebiet abzusichern. Das angrenzende Naturschutzgebiet bleibt erhalten.

2. Das Projekt ist um ein nachhaltiges Verkehrs-

konzept zu erweitern. Park- oder Stellplätze auf der gegenüberliegenden Seite des Hochschulrings sind nicht vorzusehen, da es sich bei diesem Gebiet um eine Ausgleichsfläche handelt.

3. Die Erhaltung der sogenannten Frischluftschneise (Hollerland-Stadtwald-Bürgerpark) für die Innenstadt Bremen ist fachlich einschlägig zu prüfen
„Die Uniwildnis ist langfristig als Landschaftsschutzgebiet abzusichern. Das angrenzende Naturschutzgebiet bleibt erhalten.“

und zu sichern.

4. In die Vertragsgestaltung mit der Investorengruppe soll eine Heimfallklausel einfließen, die bei Nichteinhaltung der vertraglich vereinbarten Konditionen den Rückfall des Grundstücks an die FHB vorsieht.

5. Im Verfahren sollen hohe energetische und

ökologische Standards vereinbart und rechtlich festgeschrieben werden.

6. Die Fraktion geht davon aus, dass die in der Vorlage 17/319-S für die Deputation für Wirtschaft und Häfen genannten Beteiligungsverfahren wie geplant durchgeführt werden, um eine möglichst breite Akzeptanz bei allen beteiligten Gruppierungen vor Ort zu erreichen.

7. Alle Planungen zur Westerweiterung des Technologieparks sind nun auch formal einzustellen, dieses ist baurechtlich umzusetzen.



Unterstützung für Asbest-Geschädigte

Tausende Betroffene in Bremen und Bremerhaven müssen um die Anerkennung ihrer Berufskrankheit kämpfen. Die Grünen wollen eine Umkehr der Beweislast erreichen. Zudem soll eine Beratungsstelle langfristig gesichert werden.

Hitzebeständig, billig, leicht zu verarbeiten: Bis in die 80er Jahre galt Asbest als Wunderwerkstoff, der auf Werften oder auch im Baugewerbe häufig eingesetzt wurde. Seit 1993 ist die Verwendung dieses extrem gesundheitsschädlichen Materials verboten. Der Höhepunkt der Folgeerkrankungen wie Asbestose (Staublunge) oder Rippenfellkrebs wird indes erst für 2017 erwartet. Bremen ist dabei aufgrund seiner ehemaligen Großwerften AG Weser und Vulkan besonders betroffen. Über 5000 Asbest-Geschädigte sind hier registriert. Doch viele Betroffene müssen vor Gericht darum kämpfen, eine Rente als anerkannte Opfer einer Berufskrankheit zu erhalten. Die Grünen setzen sich nun für wesentliche Verbesserungen ein.

„Für die Betroffenen ist es ein mühsamer Weg bis zur Anerkennung der gesundheitlichen Asbest-Folgeschäden als Berufskrankheit. Er verlangt gerade jenen Menschen einen langen Atem ab, die ihn buchstäblich nicht mehr haben“, betont die gesundheitspolitische Sprecherin Doris Hoch. Inhalierter Asbestpartikel setzen sich im Gewebe der Lunge fest und hinterlassen dort Narben. Die Sauerstoffabgabe ans Blut verringert sich immer mehr, bis die betroffenen Menschen ersticken.

Der Nachweis einer Berufskrankheit gegenüber der Berufsgenossenschaft ist derzeit wegen

fehlender Daten der Unternehmen oder auch eines Berufs- und Ortswechsels schwer. Ein Beispiel: Der Schweißer auf der Werft, der zwar nicht direkt mit Asbest gearbeitet hat, es aber durch Quellen in seiner Umgebung häufig eingeatmet hat. Bisher muss er beweisen, dass er aufgrund des Kontaktes mit Asbest erkrankt ist und nicht etwa durchs Rauchen. Die Grünen wollen über den Bundesrat eine Umkehr der Beweislast erreichen. So sieht es ein Antrag fürs Parlament vor. „Wenn die Unterlagen über eine Gefährdung durch die betriebliche Tätigkeit nicht mehr vorhanden oder unzureichend dokumentiert sind, soll die Berufsgenossenschaft nachweisen, dass bei der Tätigkeit keine besondere Gefährdung vorlag. Wenn eine Gefährdung durch Asbest dokumentiert ist, soll die Berufsgenossenschaft nachweisen müssen, dass eine Erkrankung nicht darauf zurückzuführen ist“, erläutert der sozialpolitische Sprecher Horst Frehe.

Die Krankenkassen sollen den Geschädigten im Verfahren künftig beistehen. Zudem fordern die Grünen eine neutrale Gutachterstelle für Betroffene. „Viele Gutachter arbeiten für Berufsgenossenschaften. Das wirft zumindest Fragen nach ihrer Neutralität auf“, so die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Silvia Schön. Nicht zuletzt soll eine Beratungsstelle für Bremer und Bremerhavener Betroffene abgesichert werden.



Asbest wurde im Schiffbau oft eingesetzt – heute leiden Werftarbeiter unter den schweren Folgeerkrankungen.